

Riemer im Ausschluß:

NRW-Verkehrsetat steigt um 6,9 Prozent auf 2,7 Milliarden DM

Für verkehrliche Maßnahmen in den Bereichen Straße, Schiene, Luft und Wasser stellt der Etatentwurf für 1979 rund 2,713 Milliarden DM zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 6,9 Prozent. Diese Zahlen nannte Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) vor dem Verkehrsausschuß des Landtags.

Riemer betonte, der Verkehrsetat 1979 enthalte vier politische Schwerpunkte, die ihre innere Verbindung durch die Verkehrsstrukturpolitik erhalten: Verkehrssicherheitspolitik, Verkehrsumweltschutzpolitik, Verkehrssystem- und Wegebaupolitik und Verkehrswirtschaftspolitik. Die Verkehrspolitik der Landesregierung verstehe sich als „dienende Politik“, die sich an den gesellschaftspolitischen Entwicklungslinien zu orientieren habe.

Nach einer grundsätzlichen Aussprache über die politische Einführungsrede Riemers billigte der Verkehrsausschuß einstimmig die im Etat des Ministeriums enthaltenen Personalausgabenansätze, soweit sie in seine Zuständigkeit fallen. Empfehlungen gegenüber der Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne“ des Haushalts- und Finanzausschusses wurden nicht beschlossen. Die Einzelberatungen der im Verkehrsetat 1979 enthaltenen Positionen wird der Ausschuß am 7. Dezember fortsetzen. Als Termin für die Antragssitzung zur zweiten Lesung wurde der 11. Januar 1979 festgelegt.

Flughafen Düsseldorf: Erst Gutachten

Der vorgesehene weitere Beschluß zu den Anliegereingaben zum Flughafen Düsseldorf kam nicht zustande, da verfassungsrechtliche Zweifel bestehen, inwieweit der Verkehrsausschuß Empfehlungen bei schwebenden Verfahren abgeben kann. Ausschußvorsitzender Hans-Georg Vitt (SPD) betonte, es gelte drei Fallgruppen zu unterscheiden: Erstens solche Fälle, die Gegenstand gerichtlicher Verfahren sind. Zweitens die Fälle, die Gegenstand gesetzlich normierter Beteiligungsverfahren sind, und drittens die Fälle, die nicht Gegenstand solcher Verfahren seien.

Der Verkehrsausschuß hielt es für geboten, zur Klärung der Rechtslage ein Gutachten einzuholen. Darin soll auch auf die Frage eingegangen werden, wie Empfehlungen des Parlaments gegenüber der Regierung, die Interessen Dritter berühren, zu bewerten sind. Nach Vorlage des Gutachtens wird der Ausschuß seine Erörterungen zu den Anliegereingaben fortsetzen und zum Abschluß bringen.

Porträt der Woche



Franz-Josef Kniola (SPD)

Franz-Josef Kniola gibt's auch den Seinen – und nicht zu knapp. Welche Ministerien der 35jährige SPD-Abgeordnete meint, sagt er zwar nicht, sein Rüssel ist aber auch so deutlich genug: Die eigentliche Belastung des Abgeordneten der stärksten Regierungsfraktion liege nicht in der Auseinandersetzung mit der oppositionellen CDU, „sondern im zähen Ringen mit der Ministerialbürokratie“. So ist der junge Parlamentarier „immer wieder verwundet, in welch geringem Maße politische Entscheidungen gegen die Bürokratie durchsetzbar sind“. Seit 1975 im Düsseldorfer Landtag, hat Kniola die „bedrückende Erfahrung“ machen müssen, „daß der Abgeordnete vor Ort Prügel einstecken muß für Entscheidungen, die er im Grunde gar nicht beeinflussen kann“. Am berüchtigten „grünen Tisch“ träfen Bürokraten, „die oft gar keine Ahnung haben, was die Bürger bewegt, praxisferne Entscheidungen“.

Für seine Umgebung, ob familiär oder politisch, war und ist er selten bequem. Als Junge noch St.-Georg-Pfadfinder, schockte er seine bürgerlich-katholischen Eltern später doppelt und dreifach: 1963 Eintritt ausgerechnet in die SPD; dazu aktiver Ostermarschierer und konsequenter Wehrdienstverweigerer; einziger Mitarbeiter im väterlichen Steinmetzbetrieb und Mitglied in der IG Bau, Steine, Erden – „das war ein Affront“. In die Fußstapfen des Vaters sollte er treten, das Geschäft übernehmen, da wechselte er den Beruf und wurde erst mal Sozialarbeiter.

1968 folgte der zweite Berufswechsel: Hauptamtliche Tätigkeit für die SPD, erst als Parteisekretär im mächtigen Unterbezirk Dortmund, dann Juso-Sekretär im mitgliederstärksten Parteibeizirk Westliches Westfalen. Da wurde er Betriebsratsvorsitzender im Bezirk und zog

in den Gesamtbetriebsrat der Bundespartei ein. Den arbeitgebenden Genossen war er offenkundig kein bequemer Gesprächspartner. Kniola für die Arbeitnehmer-Partei SPD bemerkenswertes Resümee: „Das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist in der SPD durchaus mit dem in anderen Betrieben vergleichbar.“

Mit Einzug in den Landtag gab er seine hauptamtlichen Partei-Funktionen ab. „Man kann beides nicht vernünftig ausfüllen“, befand er und verzichtete – im deutlichen Gegensatz zu manchen Genossen – auf opulente Doppel-Einkünfte. Weil er, seine Frau und die beiden Söhne auch von den Diäten leben konnten, votierte er in der Diskussion über die Neuregelung der Abgeordneten-Bezüge von Anfang an gegen allzu großzügige Zuwachsraten.

Die sachpolitischen Schwerpunkte seiner Tätigkeit im Landtag waren von vornherein vorgegeben, da mußte Kniola nicht erst lange suchen. In seinem Wahlkreis liegen die Dortmunder Uni und die PH; also Bildungspolitik. Seine berufliche Qualifikation als Sozialarbeiter prädestinierte ihn zudem für die Jugendpolitik.

Nicht nur selbstkritisch ist es, wie Kniola kommentiert, daß er Anfang dieses Jahres nach dem plötzlichen Tod seines Vaters doch Chef im Steinmetz-Geschäft werden mußte: „Vom Betriebsratsvorsitzenden zum Klein-Unternehmer – eine typische Juso-Karriere.“

Christoph Lütgert